
Leserbrief: Klimafonds-Nein – Retten wir die Schweiz vor dem deutschen Schicksal

Man muss kein Prophet sein: Am 8. März 2026 wird die Schweizer Stimmbevölkerung die linke Klimafonds-Initiative deutlich ablehnen! Zum Glück! Ein Blick nach Deutschland genügt, um zu sehen, was uns blüht, wenn wir diesen rot-grünen Blindflug mitmachen würden: Steigende Arbeitslosigkeit, schleichende Deindustrialisierung und die höchsten Energiepreise Europas sind dort Tatsache.

Deutschland hat im Januar 2026 die Marke 6,6% (d.h. über 3 Mio.) Arbeitslosen überschritten – ein trauriger Rekordwert, der auch mit der verfehlten Energiepolitik zusammenhängt. Wenn Energie zum Luxusgut wird, schliessen KMU-Betriebe und entlassen Tausende. Genau diesen «Klimakommunismus» wollen SP und ALG/Grüne nun mit ihrem Milliarden-Fonds in die Schweiz importieren. Sie verlangen, dass wir jährlich bis zu 10 Milliarden Franken an der Schuldenbremse vorbeischleusen, um eine «Transformation» zu erzwingen, die am Ende nur eines transformiert: Unser Erspartes in die Taschen einer neuen Subventionsbürokratie.

Ein Resultat linker Energiepolitik lässt sich heute schon in Birr (AG) besichtigen: Ein lärmiges Reservekraftwerk, das mit CO₂-intensivem Öl betrieben werden muss, weil man bereits ein Kernkraftwerk abgeschaltet hat und der Ausbau einheimischer Wasserkraft durch jene Umweltverbände blockiert werden, die nun nach Milliarden schreien. Das Reservekraftwerk läuft nicht permanent, sondern steht bereit, um bei einer «Mangellage» im Winter (wenn Sonne, Wind nicht reichen) sofort hochgefahren zu werden. Es ist also eine extrem teure Versicherung für eine instabile Energiepolitik. Es ist das Monument einer Politik, die die Energieproduktion zerstört, statt sie zu sichern. Die Schweizer Stimmbürger sind klüger als die linken Ideologen in Bern. Sie sehen, wie Deutschland als einstiger Wirtschaftsmotor Europas unter der Last grüner Experimente stottert. Wir wollen keine «deutschen Verhältnisse» mit explodierenden Kosten und schwindenden Arbeitsplätzen. Noch haben wir zum Glück die direkte Demokratie, welche dem Schweizer Volk immer die Möglichkeit gibt zu sagen: «Basta, es reicht!» Sagen wir am 8. März konsequent NEIN zum Klima-Schuldenfonds.

2144

Philip C. Brunner
Kantonsrat SVP, Zug